

HVB-Prüfer erwägt Beitritt zu Großklage

Der im Auftrag der Minderheitsaktionäre der HypoVereinsbank (HVB) tätige Bonner Rechtsanwalt Thomas Heidel schließt sich womöglich der 17 Mrd. € großen Schadensersatzklage von Hedge-Fonds gegen die HVB-Muttergesellschaft Unicredit an. Heidel hatte als sogenannter besonderer Vertreter die italienische Bank aufgefordert, bis 20. Januar die Bank-Austria-Gruppe wieder an die HVB zu übertragen. Wie Heidel auf Anfrage sagte, hat Unicredit diese Forderung schriftlich abgelehnt. „Jetzt prüfe ich, ob ich zur Durchsetzung der Forderung der HVB der Milliardenklage beitrete“, sagte der Rechtsanwalt. Er könne damit erhebliche Kosten sparen. Allein die Gerichtskosten einer eigenen Klage lägen bei rund 270 000 €. Heidel hatte Anfang Januar erklärt, dass seiner Ansicht nach die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat der HVB beim 13 Mrd. € teuren Verkauf der Bank Austria mannigfaltig getäuscht worden sei. Im Interesse von Unicredit sei die Bank von der HVB zu billig verkauft worden. Daher sei der Verkauf nichtig. In einer Mitte 2007 eingereichten Klage angelsächsischer Investmentfonds gegen Unicredit wurden ähnliche Vorwürfe erhoben. Die Kläger behaupten zum Beispiel, dass die Bank-Austria-Gruppe um 12,4 Mrd. € unter dem am Markt erzielbaren Preis an Unicredit verkauft wurde. Die HVB bestreitet die Vorwürfe. Über die Klage der Hedge-Fonds könnte im Jahresverlauf 2008 verhandelt werden, heißt es bei Justizkennern. GERHARD HEGMANN

BaFin wird erst später reformiert...

Die Reform der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verzögert sich erneut. Der Finanzausschuss des Bundestags konnte sich gestern nicht auf eine neue Organisationsstruktur für die BaFin einigen. Deshalb wurde die für den heutigen Donnerstag geplante Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag vorerst auf die nächste Sitzungswoche Mitte Februar verschoben. Zuletzt war die Schlussabstimmung in der vergangenen Woche vertagt worden. Die Unionsfraktion hat noch Beratungsbedarf bei der künftigen Aufgabenverteilung zwischen BaFin und Bundesbank. Der Grünen-Abgeordnete Gerhard Schick sagte: „Die Union will noch eine bundesbankfreundlichere Position durchsetzen. Sie spielt auf Zeit.“ JENS TARTLIER

... und muss mehr Informationen geben

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kann nach einem Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts nicht allein unter Verweis auf ihre Verschwiegenheitspflicht die Herausgabe bestimmter Informationen verweigern. Das Gericht gab einer Klage der Münchner Kanzlei Rotter in Teilen recht, die von der BaFin Auskunft über Inhalt und Stand eines Verfahrens begehrt hatte, in dem es um den Verdacht auf Insiderhandel oder den Verstoß gegen die Publizitätsvorschriften im Zusammenhang mit dem Einstieg der Porsche AG bei VW im Herbst 2005 geht. Die Aufsicht hatte der Kanzlei nur in Teilen geantwortet, andere Informationen aber unter Berufung auf die Verschwiegenheitspflicht verweigert. Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichts gab gestern der Klage weitgehend statt, darunter auch dem Antrag auf Einsicht in einen Teil der Akten. Volle Akteneinsicht ließ das Gericht jedoch nicht zu. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls ließ das Gericht die Sprungrevision beim Bundesverwaltungsgericht zu (Az.: 7 E 3280/06). Die BaFin werde diese Möglichkeit nutzen, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Eine andere Klage der Verbraucherverbände auf Auskunftserteilung im Zusammenhang mit der Badenia Bausparkasse wies das Gericht aber ab. DORIS GRASS

TERMINE DES TAGES

UNTERNEHMEN
BBVA (E), Ergebnis 4. Quartal
Fiat (I), Ergebnis 4. Quartal
Nokia (FIN), Ergebnis 4. Quartal
Microsoft (USA), Ergebnis 1. Quartal
Siemens (D), Ergebnis 1. Quartal

KONJUNKTUR
Deutschland
Ifo-Geschäftsklima Januar
USA
Wiederverkäufe Häuser Dezember

Mittelstand rüstet sich für die Krise

Unternehmen hamstern günstige Kreditkonditionen · Auszeichnung für Finanzkommunikation hilft bei Kapitalaufnahme

VON INA LOCKHART, FRANKFURT

Bislang ist der deutsche Mittelstand von den Auswirkungen der globalen Turbulenzen noch verschont geblieben. „Die Finanzkrise ist noch nicht in der realen Wirtschaft angekommen“, sagt Ingeborg Neumann, Geschäftsführerin der Beteiligungsgesellschaft Peppermint. Doch fürchten die Unternehmen eine deutliche Verschärfung der Kreditkonditionen und betreiben teils Vorratshaltung. „Wegen unserer soliden Finanzsituation haben wir derzeit zwar keinen Bedarf an externer Finanzierung, doch sichern wir uns die aktuell günstigen Konditionen für eine Kreditaufnahme auf Vorrat, um künftige Investitionen abzusichern“, sagt Carl-Heinz Osten, Finanzchef des Büromöbelherstellers

Sedus. Mit Klaus Linnemann, Inhaber der gleichnamigen Messebau- und Baufirma, sind Neumann und Osten die drei Mittelständler, die 2007 den erstmals ausgeschriebenen Finanzkommunikationspreis gewonnen haben (siehe Kasten).

Die jüngste Bankenumfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) belegt, dass gut 40 Prozent der befragten Institute im letzten Quartal 2007 ihre Kreditkonditionen für Unternehmen verschärft haben.

Martin Fischechick, seit Januar 2008 Konzernleiter Firmenkundengeschäft der Commerzbank, sagt: „Die Finanzkrise hat sich bislang nicht auf das Volumen der Kreditvergabe ausgewirkt, allerdings hat sie die Kredite leicht verteuert.“

Wilhelm von Haller, Leiter Firmenkunden Nord der Deutschen Bank, stellt bei den Mittelständlern

über die letzten Jahre einen stärkeren Finanzfokus fest: „Sie stocken ihr Personal in dem Bereich auf, und das Thema spielt bei der strategischen Ausrichtung eine wichtigere Rolle.“ Bank und Mittelständler müssten zueinander passen: „Wenn es zum Zerwürfnis kommt und eine Bank aus der Riege der Kernbanken ausscheidet, ist das immer ein Vorfälle, der die anderen Institute zum Nachdenken anregt – auch wenn die Gründe für die Trennung noch so banal gewesen sein mögen.“

Neumann von Peppermint sieht vor allem Mezzanine-Finanzierung durch die Krise gefährdet, da Banken die Schulden schlechter an Investoren weiterreichen könnten. „Diese Finanzierungsform bevorzugen wir, weil sie uns für Akquisitionsvorhaben mehr Flexibilität als ein klassischer Kredit gibt.“

Finanzkommunikation

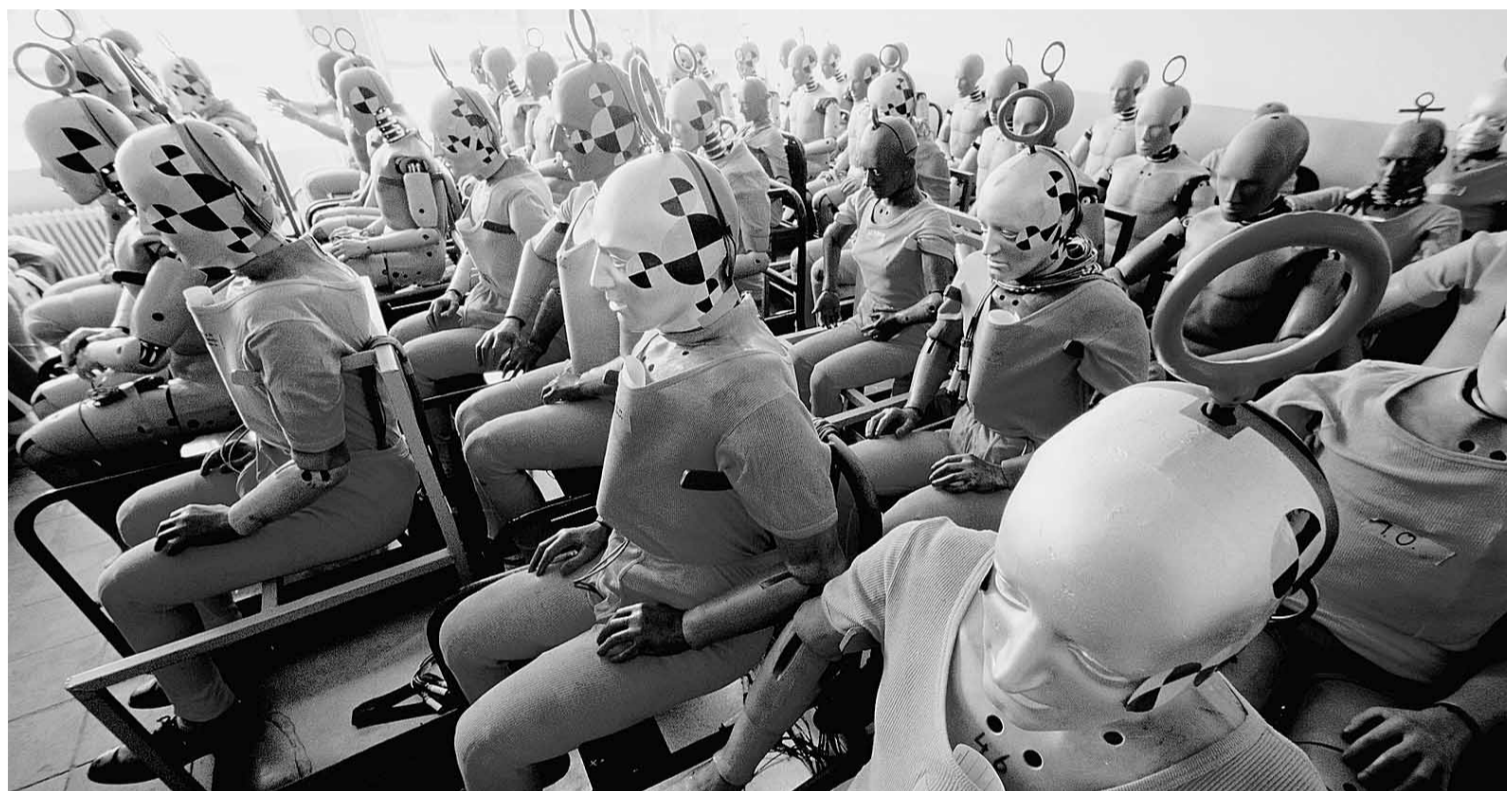
Preis Zum zweiten Mal werden nicht börsennotierte Mittelständler für gute Kommunikation mit ihren Geldgebern ausgezeichnet. Die Initiatoren des Preises sind der Kreditversicherer Euler Hermes, die Commerzbank, der BDI, das Wirtschaftsmagazin „Impulse“ und die FTD – Schirmherr ist das Bundeswirtschaftsministerium.

Ausschreibung Ab heute können sich interessierte Unternehmen die näheren Informationen, inklusive eines kurzen Selbstchecks, auf der Website www.fikomm.de herunterladen. Bei der Preisverleihung wird nach drei Umsatzklassen differenziert.

Preisträger Linnemann wünscht sich, dass Kommunikation keine Einbahnstraße bleibt: „Bei manchen Kreditanfragen hatte ich doch den Eindruck, dass die Bank nicht direkt nein sagen wollte, sondern es dann indirekt über unattraktive Konditionen getan hat.“

Bei allen drei Preisträgern hat die Auszeichnung das Image verbessert. Linnemann spürte den positiven Effekt schon am Tag der Preisverleihung im Mai 2007, als er mit einer neuen Leasingfirma über die Finanzierung eines Projekts verhandelte. Die bohrende Nachfrage nach einer persönlichen Bürgschaft erledigte sich plötzlich, als die Leasingfirma von der Auszeichnung Linnemanns erfahren habe.

[WWW.FTD.DE/FIKOMM](http://www.ftd.de/fikomm)
Informationen zum Wettbewerb



Crash-Test-Dummies: Immer mehr Personen überleben Verkehrsunfälle schwer verletzt – die Versicherer stellt das vor Herausforderungen

Unfallkosten setzen Assekuranz zu

Kfz-Versicherer begegnen Ausgabenwachstum bei Schwerstverletzten mit speziellen Rehabilitationsangeboten

VON ANJA KRÜGER
UND FRIEDERIKE KRIEGER, KÖLN

Auf die Kfz-Versicherer kommen wieder steigende Kosten durch Personenschäden zu. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind in den ersten elf Monaten 2007 auf deutschen Straßen mit 4557 Opfern zwar 2,4 Prozent weniger Personen gestorben, aber die Zahl der Verletzten ist um 3,2 Prozent auf 401 000 gewachsen.

Teuer sind für die Versicherer vor allem die Schwerstverletzten. Die Assekuranz versucht zunehmend mit Betreuungsangeboten Kosten zu senken. Fast alle Kfz-Versicherer kooperieren deshalb mit speziellen Rehabilitationsdienstleistern. Das sogenannte Personenschadenmanagement ist Kernthema beim heute in Goslar stattfindenden Verkehrsgerichtstag.

„Je schwerer das Verletzungsbild, desto stärker explodieren die Kosten“, sagte Rolf Mees, Bereichsleiter

Großschaden beim zweitgrößten deutschen Autoversicherer HUK-Coburg. „Früher hatte der Großteil der Schwerstverletzten eine geringe Lebenserwartung“, sagte Mees. Die höhere Lebens-

erwartung, steigende Ausgaben für ihre Versorgung und zunehmende Regressforderungen der Sozialversicherer treiben die Kosten in die Höhe.

Als „schweren Personenschaden“ bewertet die HUK-Coburg Verunglückte, die Kosten von mehr als 150 000 € verursachen. Ist so ein Fall zu erwarten, schaltet der Versicherer einen Reha-Dienstleister ein. Dessen Mitarbeiter kümmern sich um den Verletzten, erstellen eine Prognose über den Heilungsprozess und einen Plan für

die medizinische und berufliche Rehabilitation. Im Jahr verzeichnet die HUK-Coburg bei mehr als 40 000 Personenschäden etwa 1000 Großschäden, allerdings sind nicht alle für eine Rehabilitation geeignet.

Das Einsparpotenzial bei Reha-Teilnehmern liegt bei 10 bis 15 Prozent der Kosten für die Schadenregulierung. Marktführer Allianz kann bei erfolgreichem Reha-Management den Schadenaufwand zwischen 2500 € und in Einzelfällen bis zu 40 000 € pro Jahr reduzieren.

„Im Idealfall ergibt sich eine Win-win-Situation“, sagte der Verkehrs- und Versicherungsrechtler Klaus Schneider. „Der Versicherer spart Kosten, und der Geschädigte bekommt eine optimale Rehabilita-

tion.“ Allerdings müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Zum Beispiel dürfen die Reha-Dienstleister nur strikt unabhängig vom Versicherer arbeiten. „Aus der Schadenregulierung halten wir uns ganz raus“, betonte Norbert Neumann, Geschäftsführer des Rehabilitations-Dienstes, einer Tochter des Rückversicherers Gen Re.

Das Unternehmen ist nach eigenen Angaben der größte Anbieter für die Betreuung und Wiedereingliederung von Unfallopfern. „Wir betreuen etwa 1500 Verunglückte im Jahr“, sagte Neumann. Etwa 80 Prozent kehren in den Beruf zurück, einige nach einer Umschulung, andere durch Hilfen wie Umbauten in der früheren Firma. „Wir haben schon einen querschnittsgelähmten Richter wieder zurück an den Arbeitsplatz gebracht“, berichtete Neumann.

[WWW.FTD.DE/UNFALLKOSTEN](http://www.ftd.de/unfallkosten)
Weitere Informationen im Netz

Rusal droht London mit Börsengang in Hongkong

Russischer Aluminiumkonzern argumentiert mit strengen Börsenregeln und politischen Spannungen · Analyst spricht von Finte

VON CATHERINE BELTON, MOSKAU,
UND QUENTIN PEEL, LONDON

Der russische Aluminiumhersteller United Company Rusal droht dem Londoner Finanzplatz, seine Aktien in Hongkong an die Börse zu bringen statt an der London Stock Exchange (LSE). Nach Informationen der FT sind Rusals Überlegungen eine Reaktion auf das sehr angespannte politische Verhältnis zwischen Großbritannien und Russland. Das weltgrößte Aluminiumunternehmen könnte

bei seinem Börsengang bis zu 9 Mrd. \$ Erlösen.

Es sei zu 95 Prozent wahrscheinlich, dass Rusal in Hongkong notiert werde, sagte ein hochrangiger Manager des Mischkonzerns Basis Element von Oleg Deripaska, der 66 Prozent an Rusal hält. Der Manager sagte zur Begründung, die Anleger in Hongkong hätten „mehr Appetit“ auf russische Aktien. Er führte weiter an, dass die Regulierung der LSE strenger sei. Auch die Auseinandersetzung zwischen der britischen und der russischen

Regierung erschwere ein Listing in London.

Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist seit Längerem stark belastet und hat in den letzten Tagen einen neuen Tiefpunkt erreicht. Mitte Januar drohte Moskau Großbritannien im Streit um dessen Kulturinstitut British Council mit diplomatischen Sanktionen. Zuvor hatten kremlnahe Jugendgruppen monatelang dem britischen Botschafter nachgestellt, weil er sich mit russischen Oppositionsgruppen getroffen hatte. Im vergange-

nen Jahr kam es zudem im Zuge der Ermittlungen zum Tod des russischen Ex-Spions Alexander Litwinenko in London zu Auseinandersetzungen. Bisher hatte dies die wirtschaftlichen Beziehungen, die über die vergangenen Jahre immer enger geworden waren, nicht belastet. Rusals Überlegung ist nun ein erstes Zeichen dafür, dass auch hier Probleme erwachsen.

Rusal teilte mit, man habe noch keine Entscheidung über den Ort des Börsengangs getroffen. Das Listing werde innerhalb der kommen-

den drei Jahre angepeilt, nachdem Rusal den Schritt im Herbst 2007 wegen der unsicheren Lage an den Märkten verschoben hatte. Für ein Listing in London müsste der Konzern seine Führungsstruktur mit dem britischen Finanzmarkt in Einklang bringen, etwa einen Chairman berufen. Analyst Vladimir Zhukov von Lehman Brothers hält die Drohung mit einem Börsengang in Hongkong für eine Finte. Rusal wolle die Londoner Aufsicht aufrütteln und zeigen, dass es andere Möglichkeiten gebe.